

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

22.6.1888 (No. 170)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 22. Juni.

№ 170.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 13, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einsendungsgebühr: die gefaltene Beilage oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 14. Juni d. J. gnädigst geruht, die Lehramtspraktikanten Julius Dürker am Gymnasium zu Donaueschingen und Lorenz Eisen an der Höheren Bürgerschule zu Willingen zu Professoren an den genannten Anstalten zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 6. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem seitherigen Gendarmereiwachmeister Leopold Barro, zuletzt stationirt in Freiburg, die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Durch Verfügung des königlichen Kriegsministeriums vom 25. Mai d. J. wird der Kadetteninspektor Waldmann zu Mannheim zum 1. Juli d. J. nach Alt-Damm und der Kadetteninspektor Bachmann in Mainz zu gleicher Zeit nach Mannheim verlegt.

Durch Verfügung des königlichen Kriegsministeriums vom 6. Juni wird derendant Genske von der Unteroffiziersvorschule Weilburg zum 1. Juli d. J. zur Unteroffiziersvorschule Neubreisach verlegt.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 21. Juni.

Für die in der Charente nötig gewordene Stichwahl liegen die Verhältnisse wesentlich anders als bei dem am vorigen Sonntag vorgenommenen ersten Wahlgange. Herr Déroulède scheidet aus der Zahl der Kandidaten aus. Er hat dem boulangistischen Wahlkomitee angezeigt, daß er von seiner Kandidatur zurücktrete, und das Komitee hat in einer vorgestern abgehaltenen Sitzung diesen Beschluß genehmigt, ohne den Wählern übrigens für die Stichwahl einen der anderen Kandidaten zu empfehlen. Déroulède dürfte von der Konkurrenz um den erledigten Abgeordnetensitz zurückgetreten sein, weil das Ergebnis des ersten Wahlganges ihn belehrte, daß er durchaus keine Aussicht habe, gewählt zu werden. Damit erklärt sich auch der Beschluß des boulangistischen Komitees, den Verzicht Déroulède's auf seine Kandidatur ohne Weiteres anzunehmen. Daß das Komitee es unterlassen hat, den Wählern der Charente einen von den andern Bewerbern zu empfehlen, hat darin seinen Grund, daß die Wähler, die am vorigen Sonntag für Déroulède stimmten, theils Republikaner, theils Bonapartisten waren. Den Bonapartisten unter ihnen konnte man natürlich nicht zumuthen, für Herrn Weiler, den Republikaner unter ihnen nicht empfehlen, für Herrn Gillsbert des Seguins zu stimmen. Da sich mit Sicherheit annehmen läßt, daß die Wähler Déroulède's zum größeren Theile aus Bonapartisten bestanden, so dürfte an dem Siege des Herrn Gillsbert des Seguins, der am vorigen Sonntag 31 241 Stimmen auf sich vereinigte, während Weiler nur 23 818 erhielt, in der Stichwahl nicht zu zweifeln sein.

Nachdem an der Hand der Aufzeichnungen der letzten beiden Jahre gestern bereits ein Bild der fortschreitenden Entwicklung der Reichseinnahmen an dieser Stelle gegeben worden, erübrigt, durch Zusammenstellung der Einnahmen mit den Zahlen des Reichshaushaltsetats darzulegen, wie sich bezüglich der Zölle und Verbrauchssteuern das rechnungsmäßige *Fragezeichen* im Vergleich zu dem *Soll des Etats* von 1887/88 gestaltet.

Zum Ganzen bleibt die Einnahme mit 381 583 481 M. gegen das Etatsoll von 383 865 400 M. um 2 281 919 M. zurück. Dieser Ausfall rührt allein von der Zuckerteuer her, während alle übrigen Einnahmen Ueberschüsse zum Theil in erheblichem Betrage aufweisen. Die Zuckerteuer brachte nämlich nur 15 275 855 Mark ein, ergab mithin bei einem Etatsoll von 35 420 000 M. eine Mindereinnahme von nicht weniger als 20 144 145 M. Dagegen lieferten die Zölle 251 695 666 M., also bei einem Etatsoll von 245 665 000 M. eine Mehreinnahme von 6 030 666 M., die Tabaksteuer ergab 10 466 344 M., also gegenüber dem Vorschlag mit 8 191 000 M. ein Mehr von 2 275 344 M., die Salzsteuer 39 718 501 M., also gegenüber dem Vorschlag mit 38 555 000 M. ein Mehr von 1 163 501 M., die Brausteuer und Uebergangsabgaben von Bier endlich 20 761 841 M., gegenüber dem Vorschlag mit 17 846 000 M., mithin gleichfalls ein Mehr von 2 915 841 M.

Die Brauwinesteuer nach dem früheren Gesetze und die Maischbottich- und Materialsteuer nach dem neuen Gesetze ergeben zwar zusammen nur 24 466 297 M. und bleiben daher weit hinter dem Soll mit 38 188 000 M. zurück. Dieses in der Hauptfache aus der Verdreifachung der Ausfuhrvergütung im zweiten Quartal herrührende Mißverhältnis wird indessen mehr als ausgeglichen durch die Erträge der Verbrauchsabgabe aus der Nachsteuer mit zusammen 19 004 978 M., so daß die Gesamteinnahme aus dem Brauwine sich auf 43 471 275 M., mithin um 5 283 275 M.

höher stellt als das Etatsoll. Anders freilich gruppieren sich die Zahlen, wenn man die zur Reichskasse und die den Bundesstaaten zu überweisenden Beträge besonders berechnet. Zu den ersten zählen, abgesehen von dem Fixum von 130 Millionen aus dem Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher bei dieser Betrachtung nicht von Bedeutung ist, die Zuckerteuer und die Brauwinesteuer mit einem Mindereintrage von 20 144 145 und 18 517 703 M., zusammen 38 661 848 M., denen aus der Salz- und Brauwineer Einnahmen im Betrage von nur 1 163 501 und 2 915 841 M., zusammen von 4 079 342 M. gegenüberstehen, so daß die Reichskasse im Vergleich zu dem Etatsoll einen Einnahmefehlbetrag von 29 582 506 M. erleidet. Diefem Fehlbetrag stehen indessen gegenüber erhebliche Mehreinnahmen an die Bundesstaaten. Diesen kommt nicht allein der volle Ertrag der Brauwineverbrauchsabgabe und Nachsteuer mit 19 004 978 M. unverkürzt zugute, es fließen ihnen auch, da die Reichskasse aus den Zöllen und der Tabaksteuer im Ganzen nur 130 Millionen erhält, die Mehreinnahmen aus diesen Quellen zu. Die Ueberschüsse an die Bundesstaaten übersteigen daher das Etatsoll um nicht weniger als 27 310 988 M.

Dabei ist zu bemerken einerseits, daß das Jahr 1887/88 noch voll unter dem Regime des alten, inzwischen abgeänderten Zuckerteuergesetzes steht; andererseits, daß der Steuerertrag wegen nur ein ungleich geringerer Bruchtheil der im zweiten Halbjahr abgeschriebenen Brauwineverbrauchssteuer zur Hebung gelangt ist. Denn die Aufschreibungen betragen weit über 69 Millionen Mark, rund 50 Millionen Mark mehr als die Einnahme.

Deutschland.

* Berlin, 20. Juni. Seine Majestät der Kaiser hatte am gestrigen Morgen von 7 bis 9 Uhr in Begleitung des Flügeladjutanten vom Dienst, Frhrn. v. Biffing, einen Spazerritt unternommen. Nach der Rückkehr von demselben empfing Allerhöchstdieselbe um 10¹/₄ Uhr den Oberzeremonienmeister Grafen zu Eulenberg und um 10³/₄ Uhr den Kommandeur der 2. Garde-Infanterie-Division, Generalleutnant von Hahnke. Hierauf stattete Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Sachsen Sr. Majestät dem Kaiser einen Besuch ab und arbeitete Allerhöchstdieselbe dann mit dem Chef des Militärkabinetts, General der Kavallerie und Generaladjutant v. Albedyll. Mittags 12 Uhr hatten die zur Zeit in Berlin anwesenden kommandirenden Generale und später auch der Oberpräsident Graf v. Zedlitz die Ehre des Empfanges. Um 1 Uhr Nachmittags stattete Ihre Majestät die Kaiserin Augusta den kaiserlichen Majestäten im Marmorpalais einen längeren Besuch ab. Zum Lunch waren von den kaiserlichen Majestäten der Prinz und die Prinzessin von Wales nebst dem Prinzen Albert Victor, der Großherzog von Hessen, der Prinz und die Prinzessin Heinrich, der Erbprinz und die Erbprinzessin v. Sachsen-Meiningen, und der Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein geladen. Um 3 Uhr Nachmittags empfing Se. Majestät der Kaiser den Besuch Sr. Kaiserl. Hoheit des Großfürsten Wladimir von Rußland und demnachst nach einer dem Maler Doepler jun. gewährten kurzen Audienz den Besuch Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin und Sr. Hoheit des Herzogs Paul von Mecklenburg-Schwerin. Seine Majestät der Kaiser arbeitete darauf längere Zeit allein, empfing um 6 Uhr Se. Königliche Hoheit den Prinzen Leopold von Bayern und arbeitete alsdann noch einige Zeit mit dem Geh. Regierungsrath v. Brandenstein. Um 7¹/₄ Uhr hatte Se. Majestät der Kaiser eine Konferenz mit dem Oberstkämmerer Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode. Am Abend sahen die kaiserlichen Majestäten als Gäste bei sich zum Souper im Marmorpalais Ihre Königlichen Hoheiten den Großherzog von Hessen, den Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Baden und den Prinzen und die Prinzessin Heinrich. Heute früh stieg Se. Majestät der Kaiser im Marmorpalais zu Pferde und wohnte den Truppenübungen bei.

Ihre Majestät die Kaiserin Augusta empfing gestern den General-Feldmarschall Grafen Moltke und gegen Abend den Besuch Ihrer Königlichen Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin von Wales, des Prinzen Albert Victor, sowie des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein und später des Großherzogs von Sachsen. Heute Vormittag empfing Ihre Majestät den Grafen zu Stolberg-Wernigerode und stattete mit Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden Ihrer Majestät der Kaiserin Victoria einen Besuch ab. Von dort begab sich Ihre Majestät mit der Großherzogin nach der Friedenskirche, wo Ihre Majestät einige Zeit verweilte.

Dem Vernehmen nach soll ein Amnestieerlaß Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm bevorstehen, der sich an den Erlaß Kaiser Friedrichs anschließen dürfte.

Der Bundesrath wird morgen Nachmittag um 2 Uhr seine ständige Plenarsitzung abhalten. Wahrscheinlich wird derselben eine Erinnerung an den verewigten Kaiser Friedrich voraufgehen.

Die Ausschüsse des Bundesraths werden im Verlaufe der nächsten Woche in die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter eintreten. Vor das Plenum wird die Vorlage erst nach der Sommerpause gelangen, welche vermuthlich alsbald nach Schluß der außerordentlichen Session des Reichstages eintreten dürfte; bis dahin muß der Bundesrath die sehr umfangreichen Ausführungsbestimmungen zum Zuckerteuergesetz noch erledigen, welche soeben an die Ausschüsse gelangt sind.

Eine besonders würdige Gedächtnisfeier für den dahingeshiedenen Kaiser hat gestern der Verein der Berliner Künstler unter zahlreicher Betheiligung und unter Theilnahme des Kultusministers v. Goshler veranstaltet. Die Festrede hielt der Vorsitzende des Vereins, Direktor der Kunstakademie Professor Anton v. Werner, und keiner dürfte so berufen dazu gewesen sein wie er, der dem Dahingeshiedenen im Leben so nahe gestanden, auf dem Höhepunkte seines Ruhmes im Königsschloße zu Versailles und an dem Todtenbette ihm zur Seite war. Mit berebten Worten gab er der Trauerlage Ausdruck, zu der namentlich die Berliner Künstler doppelt und dreifache Ursache haben, nicht minder aber blickte er voller Hoffnung und Vertrauen in die Zukunft.

Die gestern Nachmittag stattgehabte Sitzung des Ältesten-Kollegiums der Kaufmannschaft von Berlin eröffnete der Präsident, Herr Kommerzienrath Frenzel, mit dem Ausdruck der Gefühle, welche die ganze Kaufmannschaft bewegen bei dem Hintritt eines Monarchen, der den Wissenschaften, den Künsten, den Gewerben, dem Handel und Verlehr stets das eingehendste Verständnis und die sorgsamste Förderung von Jugend auf entgegengebracht habe und dem die ganze Nation mit begeisterter Liebe zugethan sei. Er schloß mit der Hoffnung und dem Vertrauen, welches die Kaufmannschaft dem Sohn und Erben des unvergesslichen Fürsten entgegenbrachte. Es wurden Adressen an die Kaiserin Augusta und an die Kaiserin Victoria, sowie an Kaiser Wilhelm beschloffen und die vorgelegten Entwürfe dazu genehmigt. Aus der italienischen Provinz Porto Maurizio erhielt das Ältesten-Kollegium eine herzliche Kundgebung der Theilnahme aus Anlaß des Todes Kaiser Friedrichs.

Unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck fand heute Mittag eine Sitzung des Staatsministeriums statt. Der hiesige chinesische Gesandte hat vorgestern dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Grafen v. Bismarck, eine ausführliche Depesche des Kaisers von China übergeben, die in sehr warmen Worten die Theilnahme des Kaisers aus Anlaß des Todes Kaiser Friedrichs ausdrückt.

Der mit dem Amtssitz in Paris am hiesigen Hofe beglaubigte Gesandte der Republik Ecuador, Don Antonio Flores, hat ein Schreiben des Präsidenten von Ecuador überreicht, durch welches er von seinem hiesigen Posten abberufen wird.

Die Anjiedlungskommission in den Provinzen Posen und Westpreußen hat seit dem 14. Mai 1886, wo sie das erste polnische Gut erwarb, bis jetzt über 140 000 Morgen polnischen Landes angekauft.

Der Oberpräsident der Provinz Posen, Freiherr v. Zedlitz-Trübschler, verließ heute Berlin und kehrte auf seinen Posten zurück. (Freiherr v. Zedlitz-Trübschler soll, wie die „Post“ hört, es abgelehnt haben, das Ministerium des Innern zu übernehmen; das Gewicht der von ihm hierfür entwickelten Gründe habe vollkommen überzeugt und Billigung gefunden.)

Karl Schurz ist wieder in Berlin eingetroffen und wohnt im Kaiserhof.

Wie auswärtigen Blättern von hier berichtet wird, sollen zwei französische Journalisten, der Berichterstatter des „Gaulois“, Georges Domielon de Puberty, und der Berichterstatter des „Matin“, Jules Ramson, vom Polizeipräsidenten aus Berlin ausgewiesen worden sein. (Unter den Ausgewiesenen soll der Korrespondent des „Gaulois“ der Verfasser der gegen Kaiser Wilhelm II. gerichteten Schmähartikel in der „World“ sein.)

Ueber die Entwicklung der südwest-afrikanischen Schutzgebiete schreibt die „Kolonialp. Korresp.“:

„Die Unternehmungen der Deutsch-Westafrikanischen Kompanie in dem deutschen Schutzgebiete von Südwestafrika stellen sich, nachdem die vielen Schwierigkeiten der ersten Anlage überwunden sind, immer mehr als äußerst vorteilhaft heraus. Nach den neuesten hier eingetroffenen Berichten sind die hinausgeschickten Handelswaren schon zum größten Theil mit einem Verdienst von 100 bis 150 Prozent abgesetzt, da der Bedarf sich als ein weit größerer herausstellt, als anfangs angenommen werden konnte. Der direkte Import europäischer Waaren gestaltet sich immer rentabler, umso mehr, da jetzt schon ein großer Theil der Waare

gegen Baarzahlung verkauft werden kann. Das Vieh, welches, wie nunmehr zur Genüge festgestellt ist, in erkannten Massen vorkommt, ist, wie von dem Leiter der Exportschlachterei selbst mitgeteilt wird, von ganz vorzüglicher Qualität und eignet sich ganz besonders für Herstellung von Hamburger Rauchfleisch. Der Handel ist, nachdem der Aufbau der Schlächtereigebäude in Sandwischhafen beendet worden, eröffnet und die Beamten der Kompagnie werden schon im September dieses Jahres eine größere Sendung eingehandelter Landesprodukte, sowie Rauch- und Salzfleisch nach Europa senden.

Dresden, 21. Juni. (Tel.) Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg ist heute Nacht um 12 Uhr auf Schloß Albrechtsburg gestorben. (Prinzessin Marie Elisabeth Luise Friederike, geboren am 14. September 1855 als älteste Tochter der Prinzessin Friedrich Karl von Preußen, war in erster Ehe seit dem 24. August 1878 mit dem Prinzen Heinrich der Niederlande vermählt. Die Ehe wurde bereits am 13. Januar 1879 durch den Tod des Prinzen gelöst. Am 6. Mai 1885 vermählte die Prinzessin sich zum zweitenmale, mit dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg. Der Tod der Prinzessin ist durch eine zum Kindbettfieber hinzutretende Nippenfellentzündung herbeigeführt worden. Prinzessin Friedrich Karl von Preußen war vorgestern auf die Nachricht von der im Befinden ihrer Tochter eingetretenen Verschlimmerung nach Schloß Albrechtsburg geeilt.)

Stuttgart, 20. Juni. Seine Majestät der König ist heute (wie bereits mittelst Privattelegramm gemeldet) nach Friedrichshafen übergesiedelt, wohin Allerhöchstdieselben Ihre Majestät die Königin in den nächsten Tagen nachfolgen wird. Der Ministerpräsident Frhr. v. Mittnacht befindet sich bereits auf seinem Landsitz bei Friedrichshafen, wohin wiederum das gesammte Hoflager bis zum Herbst verlegt wird. — Die Synode hat sich, nachdem sie den Entwurf des Kirchengemeindevorstellungsgesetzes durchberathen und nach den Anträgen ihrer Kommission angenommen hat, am Todestag des Kaisers versammelt. Der Präsident derselben, Staatsrath v. Nieke, widmete dem verstorbenen Kaiser noch eine schöne Gedenkrede. Ebenso trat an diesem Tage der Ständische Ausschuss zusammen, um dem Kaiserlichen und dem Königlich Württembergischen Hause den Ausdruck des Beileids im Namen der Volksvertretung zu übermitteln. Unter den zu Ehren des verstorbenen Kaisers veranstalteten Trauerfeierlichkeiten zu übermitteln. Wie im März nach dem Ableben Kaiser Wilhelms, die große gemeinsame Feier der gesammten Bürgerschaft in der Lieberhalle obenan. Ueber dieselbe ist in Kürze schon telegraphisch berichtet worden. Der große Saal, von mehreren Tausenden besetzt, war ganz in Schwarz und Grün gekleidet. Vorträge ersten Charakters durch Orchester und Männerchor umrahmten die Gedenkrede, welche diesmal Dr. N. Schall hielt und an die ein schönes Gedicht von Prof. Günther sich anschloß. — Von den übrigen Feierlichkeiten werden als besonders eindrucksvoll der vom Prälaten v. Gerold in der Schloßkirche abgehaltene Trauergottesdienst und der Akt im Kgl. Polytechnikum mit Rede von Prof. Klüber hervorgehoben.

München, 20. Juni. Das „Verordnungsblatt des Kgl. bayr. Kriegsministeriums“ veröffentlicht einen Armeebefehl, nach welchem Sr. Königl. Hoheit der Prinz-Regent das 1. Ulanenregiment, welches durch das Hinscheiden des Kaisers Friedrich vakant wurde, Sr. Maj. dem Kaiser Wilhelm II. verliehen hat. Das Regiment hat daher von nun an die Benennung „Kaiser Wilhelm II., König von Preußen“ zu führen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Juni. Das Wiener „Fremdenblatt“ konstatirt, daß über den, in mehreren Hälften erwähnten Depeschenwechsel zwischen dem Grafen Kalnoth und dem Fürsten Bis marck bezüglich der österreichisch-deutschen Beziehungen in unrichtigen Kreisen nichts bekannt ist. — Eine Stelle in dem Nachrufe, welchen der Präsident der österreichischen Delegation, der Abgeordnete Smolka, dem heimgegangenen Deutschen Kaiser widmete, hat unangenehmes Aufsehen hervorgerufen. Smolka hatte gesagt, man frage sich, warum einem so edlen Menschen, wie dem Kaiser Friedrich, von der Vorsehung ein so schweres Leid auferlegt wurde, und ob Kaiser Friedrich vielleicht für eine Schuld zu büßen gehabt habe, die zu verhindern nicht in seinen Kräften lag. Gegenüber den Kommentaren, welche diese Äußerung hervorgerufen hat, ermächtigt nun Smolka die Redaktion des „Fremdenblattes“, zu erklären, daß ihm jede Absicht, irgend Jemand zu verlegen, vollkommen fern gelegen sei. Smolka glaube, daß er schon mit Rücksicht auf seine den Kaisern Wilhelm und Friedrich gewidmeten, von wärmstem Gefühl aufrichtigster Herzlichkeit eingegebenen Reden hätte davor bewahrt sein können, in irgend welche Beziehungen mit Tendenzen und Äußerungen gewisser Organe gebracht zu werden, welche gerechte Entrüstung hervorrufen und die er auch sonst mißbillige. (Darunter sind offenbar die Äußerungen des Wiener „Vaterland“ gemeint.) Ihm, der das deutsch-österreichische Bündniß wiederholt als die werthvollste Errungenschaft hingestellt habe, werde man schwerlich Gehässigkeit gegen Deutschland oder Preußen vorwerfen können. Die besagte Stelle sei nur einem menschlichen Gefühl entsprungen. (Diese Rechtfertigung Smolka's vermag indessen nichts an der Thatsache zu ändern, daß der gebrauchte Ausdruck ein taktloser war. Von einem so gewandten Parlamentarier wie Herrn von Smolka wäre zu erwarten gewesen, daß er seine Ausdrücke glücklicher wählt. Nach der vorstehend im telegraphischen Auszuge mitgetheilten Erklärung Smolka's darf man den unerquicklichen Vorfall nun wohl für abgeschlossen halten.)

Peft, 20. Juni. Der Budgetauschuss der österreichisch-ungarischen Delegation erledigte sämtliche Marinebudgetpositionen unverändert und beschloß, im Bericht dem Marinekommandanten unter Anerkennung seiner bisherigen Thätigkeit, volles Vertrauen in seine fernere Wirksamkeit auszudrücken. — Der Vierer-ausschuss der ungarischen Delegation beriet den 47-Millionen-Kredit. Der Kriegsminister legte eingehend die Details des Erfordernisses und die in Aussicht genommenen Verfügungen dar. Im Laufe der Debatte trat auch Ministerpräsident Tisza unter Hinweis auf die Ungewißheit der allgemeinen Lage für die Forderungen ein. Das Kriegressort stimmte dem Antrag Hegedues' bei, daß die verlangte Ermächtigung zur Kreditaufnahme nur bis zur nächsten Delegationsession zu gewähren sei. — In der Generalversammlung der hauptstädtischen Vertretung widmete der Oberbürgermeister dem Kaiser Friedrich, dem mächtigsten Verbündeten Oesterreich-Ungarns, einen warmen Nachruf. Darauf beschloß die Versammlung einhellig, die schmerzliche Theilnahme der Hauptstadt in einem Protokoll niederzulegen und diesen Beschluß dem Ministerpräsidenten behufs Weiterleitung an die zuständige Stelle zu unterbreiten.

Zu den Erklärungen des Grafen Kalnoth im Budgetauschuss der österreichischen Delegation schreibt das „Fremdenblatt“: Die Erklärungen des Grafen Kalnoth werden alle Freunde des (österreichisch-deutschen) Bundes — und zu denen zählen alle österreichischen Politiker von Einfluß und Einfluß — vollkommen beruhigen und befriedigen. Sie sehen das Werk hoher Staatskunst auch für die Zukunft besiegelt. Sie sehen es freigegeben allen Agitationen und jeder Bählerarbeit trogen. Sie sehen es ebenso wie bisher den Frieden Europa's mit mächtigen Armen beschützen. Denn ebenso wie die Fortdauer des Bundes gegen jeden Zweifel gesichert ist, ebenso unveränderlich ist jener defensive und friedliche Zweck desselben, der aus dem vermittelten Pakte für Jedermann zur vollen Gewißheit geworden ist. Wenn Graf Kalnoth sich trotzdem auch in der heutigen Sitzung des Ausschusses gezwungen sah, nochmals in bestimmter Weise jenes Ziel des Bundes hervorzuheben, welches ausschließlich auf die Erhaltung des Friedens und auf den gemeinsamen Schutz der verbündeten Staaten gegen äußere Gefahren gerichtet ist, so sollten mit diesen für uns und wohl auch für einen großen Theil Europa's ganz selbstverständlichen Aufschlüssen nur die von der russischen Publizität fortgesetzten Verdächtigungen zurückgewiesen werden, welche dem Bunde kriegerische Abenteuerlust zu insinuieren unablässig bemüht sind. Es ist allerdings bedauerlich, wenn der Minister noch immer zu dieser Abwehr gezwungen ist. Wenn jedoch die russische Publizität unangenehm für Publikum mit dem Wahngedächtnis kriegerischer Pläne Oesterreich-Ungarns oder Deutschlands schrecken will, so leisten die Staatsmänner Oesterreich-Ungarns und Deutschlands der Sache des Friedens stets erneuerte Dienste, wenn sie mit gleicher Beharrlichkeit und Unermüdblichkeit ihre friedlichen Absichten vor der Öffentlichkeit manifestiren. Dieser Friedensstendenz widersprechen die Bemühungen, die Beherrschung der Monarchie zu säulen, keineswegs. Die Wortführer aller Parteien anerkannten den hohen Werth des Bundes mit Deutschland. Sie sprachen alle ihre vollste Zustimmung zu der Haltung des Ministers aus. Einzelne Redner zogen auch vereinzelte Epochen der Vergangenheit in den Kreis ihrer Bemerkungen. Wir können in denselben naturgemäß nur Aeußerungen subjektiver Natur erblicken, die hier, wo die Grundzüge der geltenden Politik auf volle und rüchhaltige Billigung gestoßen sind, nicht weiter in Betracht kommen. Von hoher, für das Ansehen des Reiches maßgebender Bedeutung erscheint uns die Thatsache, daß sämtliche Mitglieder der Delegationen in ihrem Urtheile über die Politik des Grafen Kalnoth vollkommen eines Sinnes waren, und daß sich diese Uebereinstimmung aller österreichischen Parteien auch auf die Anerkennung der Wichtigkeit und der Zweckmäßigkeit dieser Politik, sowie auf das in die Person des Grafen Kalnoth gesetzte Vertrauen erstreckt hat. Die Reichspolitik, welche der wahren Natur und den wahren Zwecken der Monarchie entspricht, hat sie alle geeint gefunden.

Niederlande.

Amsterdam, 20. Juni. Der ehemalige Minister des Innern, Pynacker-Bordijk, ist zum Generalgouverneur von Holländisch-Indien ernannt worden.

Frankreich.

Paris, 20. Juni. Die Deutsche Botschaft in Paris hat der „Polit. Corr.“ zufolge verfügt, daß das Paszvisum für die durch Vermittlung des österreichisch-ungarischen Hilfsvereins über Elsaß-Lothringen in die Heimath beförderten österreichischen Untertanen unentgeltlich ertheilt werde.

Schweiz.

Bern, 20. Juni. Die gestrige Sitzung des Ständeraths wurde von dem Präsidenten Schuch mit folgenden Worten eröffnet: „Gestern ist in der Friedenskirche zu Potsdam Kaiser Friedrich von Deutschland beigesetzt worden, nachdem ihn der Tod am 15. d. M. die Erlösung von langem Leiden gebracht hatte. Der Kaiser aus dem Hause Oesterreich, welcher in der ersten Periode des Deutschen Reiches den Namen „Friedrich III.“ führte, war 53 Jahre hindurch Träger der Krone; auf dem Haupte des edlen Sprossens aus dem Stamme der Hohenzollern hat sie nicht einmal doppelt so viele Tage gegläntzt; und diese kurzen Herrschertage waren noch dazu ebenjoviele schwere Schmerztage; eine tödtliche Krankheit hatte den herrlichen Kern im Mark getroffen und so sank er, der vorher so hoch und prächtig emporgeragt, in der Vollkraft der Jahre zusammen. Kaiser Friedrich hat ein leuchtendes Beispiel gegeben, wie herbe Leiden mit Ergebung und Mannesmuthe zu tragen sind. Ehren auch wir die Heldenhastigkeit, die er nicht nur auf Schlachtfeldern, sondern besonders auch auf seinem eigenen schweren Leidensgange bewiesen hat! Geben auch wir dem Gefühl der herzlichsten Theilnahme an den Leiden, von welchen das Herrscherhaus des großen Deutschen Reiches betroffen worden ist, Ausdruck. Ich erwünsche Sie, meine Herren, sich zu Ehren des hochseligen Kaisers Friedrich von den Sigen zu erheben!“

Italien.

Rom, 20. Juni. Seine Majestät der Kaiser Wilhelm hat den hiesigen deutschen Botschafter beauftragt, dem König von Italien in seinem Namen für die anlässlich des Todes Kaiser Friedrich's erwiesene Theilnahme des italienischen Hofes zu danken.

Spanien.

Madrid, 19. Juni. Im Senat verlas der Präsident eine Mittheilung des deutschen Botschafters Freiherrn v. Stumm, in welcher dem Senat für seine Beileidskundgebungen anlässlich des Todes Kaiser Friedrich's der Dank ausgesprochen wird, diese Kundgebung sei dem Kaiser Wilhelm übermittelt worden. Der Senat beschloß, die Mittheilung den Akten einzuverleiben. — In der Deputirtenkammer erklärte auf eine Anfrage der Minister des Innern, Moret, es berechtige nichts zu der Annahme, daß die Regierung von ihrer bisherigen Politik, welche auf unbedingter Neutralität beruhe, abweichen werde; von der Absicht, irgend welche Bündnisse mit auswärtigen Mächten abzuschließen, sei daher keine Rede. — Der spanische Senat hatte den von uns schon wiederholt erwähnten Entwurf eines neuen Brauntweinsteuergesetzes unter anderem dahin abgeändert, daß die Verbrauchsabgabe von 65 auf 75 Centimos für den Centesimalgrad reinen Alkohols im Hektoliter (bezw. im denaturirten Brauntwein von 20 auf 40 Centimos) erhöhe, die Höchstgrenze der den Gemeinden gestatteten Zuschläge anstatt auf 6 auf 10 Peseten pro Hektoliter Flüssigkeit festgesetzt und jede Rückvergütung der Abgabe bei der Ausfuhr beseitigt wurde. Der Entwurf ging darauf an, eine aus Mitgliedern beider Kammern zusammengesetzte Kommission, welche sich in allen Hauptpunkten für die Senatsbeschlüsse entschieden haben soll. Der Senat hat nunmehr die von der gemischten Kommission festgestellte Fassung des Gesetzes genehmigt. Es erscheint zweifellos, daß auch die Abgeordnetenkammer dieselbe annehmen wird.

Großbritannien.

London, 20. Juni. Die „Times“ meinen hinsichtlich der Thronbesteigung des Kaisers Wilhelm II., es dürfe als ausgemacht gelten, daß Deutschland den Frieden wünsche und forsicheren werde, denselben zu wünschen, so lange der Frieden möglich sei unter Bedingungen, die mit der Würde, der Wohlfahrt und Festigkeit des Reiches vereinbar seien. Wenn, was die „Times“ jedoch durchaus nicht glauben, der europäische Friede gestört werden sollte, so werde dies nicht der Fall sein, weil Deutschland etwa aufgehört hätte, den Frieden weniger zu wünschen, sondern weil andere Mächte weniger friedfertig gesinnt seien als Deutschland. — Vom Oberhause ist, worüber schon kurz berichtet wurde, am Montag der Gesetzentwurf über die Reform des Oberhauses in erster Lesung genehmigt worden. Die Gesetzentwurf läßt zwar die Erbllichkeit der Peerswürde, deren Abschaffung sowohl Lord Rosebery wie der radikale Abgeordnete Labouchere gefordert haben, unangeführt, ist aber umfassend genug, um die Hauptbeschwerden, welche gegen das Oberhaus erhoben worden sind, wenigstens für die nächste Zeit zu stillen zu machen. Die Vorlage bestimmt, daß die Königin jährlich nicht mehr als fünf Peers auf Lebenszeit zu ernennen hat, von denen drei entweder zwei Jahre lang Richter eines obersten Gerichtshofes in irgend einem Theile des Reiches gewesen sein, in der Marine mindestens den Rang eines Contradmiral, in der Armee mindestens den Rang eines Generalmajors bekleiden oder außerordentliche Botschafter oder fünf Jahre Generalgouverneur oder Gouverneur einer Kolonie oder Gouverneur in Indien gewesen sein müssen. Die übrigen zwei lebenslänglichen Peers müssen sich in anderer Weise ausgezeichnet haben. Die Gesamtzahl der lebenslänglichen Peers darf niemals fünfzig überschreiten. Andere Bestimmungen der Vorlage bestimmen, daß die Königin auf besonderen Antrag des Hauses Peers, die sich ihrer Stellung unwürdig gemacht haben, zeitweilig oder gänzlich aus dem Hause ausschließen. Ob die Einzelberatung der Vorlage nicht noch einige Aenderungen herbeiführen wird, ist allerdings noch ungewiß. In jedem Falle aber wird das Oberhaus durch die Vorlage wichtige Umgestaltung erfahren. — Im Unterhause erklärte der Staatssekretär für Irland, Balfour, daß Gerücht, daß er zurückzutreten beabsichtige, als eine lächerliche Erfindung irischer Blätter. — Das Appellationsgericht in Dundalk hat das Urtheil bestätigt, durch welches Dillon wegen seiner Rede, in der er Pächter zu ungesetzlichen Handlungen aufreizte, zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde.

Rußland.

St. Petersburg, 20. Juni. Heute Nachmittag fand in der lutherischen Petrilirche ein feierlicher Trauergottesdienst für weiland Kaiser Friedrich statt, welchem der Großfürst Nikolaus der Aeltere, die übrigen hier anwesenden Großfürsten, der Minister v. Siers, das diplomatische Corps, die Generalität, Stabsoffiziere und die hier anwesenden deutschen Reichsangehörigen beizwohnten. — Einer Bestimmung der Regierung zufolge können Frauen zum pharmaceutischen Gewerbe zugelassen werden, jedoch unter der Bedingung, daß sie dasselbe Examen machen, welches die Männer ablegen müssen, und daß diejenigen Apotheken, die Frauen als Lehrlinge annehmen, zu gleicher Zeit keine männlichen Lehrlinge halten.

Amerika.

Washington, 20. Juni. Präsident Cleveland und die Mitglieder des Cabinets, mit Ausnahme der Minister Whitney und Garland, welche unpflichtig sind, wohnten heute dem in der deutsch-lutherischen Kirche abgehaltenen Trauergottesdienste zum Andenken an den verstor-

